

## Fundus

So war in der „Mittelbayerischen Zeitung vom 08.04.1988 die folgende Vorankündigung zu lesen:

### „Indianer berichten über Kernwaffentests“

**Regensburg (bv).** Die Sicherheitsbedingungen, die bei uns im Umgang mit Kernenergie gelten, sind für die Minderheiten, die von den Kernwaffenversuchen der USA, Frankreichs und Großbritannien betroffen sind, in weiter Ferne. 14 Vertreter der entsprechenden Indianer- und Ureinwohnervölker, etwa aus dem Muruoa-Atoll, Kanada und Australien werden am 16. April in Regensburg berichten, wie sich Atombombentests und Uranabbau für Einheimische auswirken.

„Der atomare Schutzschirm, den die USA uns bieten, kommt letztlich nur auf Kosten dieser Menschen zustande“, sagt Michael Has von der Gesellschaft für bedrohte Völker. Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern und unserer eigenen Energie- und Sicherheitspolitik brachte diese Gesellschaft und den BUND Baden-Württemberg dazu, Vertreter der betroffenen Völker zu einer Rundreise durch die Bundesrepublik einzuladen. Die Gäste werden auf ihrer 14tägigen Reise in 20 Städten berichten und gleichzeitig unseren Umgang mit der Kernenergie kennenlernen. Am 17. April wird die Gruppe Wackersdorf besuchen und dort einen Gottesdienst feiern. Die Vortragsveranstaltung findet am Samstag, dem 16. April, um 20 Uhr im Alumneum, Regensburg, Am Ölberg 2 statt. Treffpunkt für den Gottesdienst ist am Sonntag, dem 17. April, um 14 Uhr am Franziskusmarterl in Wackersdorf.“

Ein Bericht in der „Süddeutschen Zeitung“ vom Samstag/Sonntag, 16./17. April 1988 geht auf den Besuch der Vertreter indigener Völker, die schon vorher von der Atomkraft bedroht waren, in München ein und beleuchtet ausführlicher die Probleme der Gäste:

Zu Gast im Maximilianeum

### Indianer kämpfen in Bayern für die angestammte Heimat Ureinwohner aus drei Kontinenten protestieren gegen Uranabbau

MÜNCHEN (SZ) – „Krebs war unbekannt bei unserem Volk. Jetzt ist die Krebsrate bei uns höher als im übrigen Kanada. Asele Pratt, eine Indianerin vom Stamm der Cree, lebt im Norden der kanadischen Provinz Saskatchewan, einem der größten Uranabbaugebiete der Erde. Der Tagebau von Uranerz verursacht so großflächige Zerstörungen, dass das Gebiet von der kanadischen Regierung zur national sacrifice area, zum aufgegebenen Gebiet erklärt wurde. „Aber sie lügen, wenn sie sagen, das Land sei unbewohnt“, sagt Adele Pratt. „Wir lieben unser Land. Zuzusehen, wie es zerstört wird, wie Luft und Wasser vergiftet werden, bricht uns das Herz.“ Selten ist es bei einer Pressekonferenz so still wie in diesem Augenblick in der Trinkstube des bayerischen Landtags, wo Adele Pratt und ihre Mitstreiter aus drei Kontinenten den Journalisten vermitteln wollen, wie ernst es ihnen mit ihrem Anliegen ist, „Unsere Geduld ist zu Ende. Wir können keinen einzigen Tag mehr warten“, sagt Jim Garrett, der Sprecher der Lakota-Indianer aus den Black Hills.

### Werbung um Sympathie

Darüber, was mit dem Uran geschehen soll, wenn es verbraucht, ausgebrannt ist, wird bei uns viel geredet. Wo es herkommt, interessiert fast niemanden. Jetzt haben die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ und der „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Vertreter der Völker, deren Lebensraum und Gesundheit von Uranabbau und Atomwaffenversuchen bedroht sind, in die Bundesrepublik eingeladen. Indianer von den Stämmen der Lakota (Sioux), der Cree, der Hopi und der Western Shoshone. Ein Polynesier und ein Angehöriger der australischen Aborigines reisen zwei Wochen lang durch Deutschland und werben in öffentlichen Veranstaltungen, Pressekonferenzen und Gesprächen mit Politikern um



Aufmerksamkeit, Sympathie und Unterstützung. Denn an der Ausbeutung der Uranvorkommen sind zu einem wesentlichen Teil auch deutsche Unternehmen beteiligt. „Wir sind hierhergekommen, um Ihnen das vor Augen zu führen“, sagte die Hopi-Indianerin Marilyn Harris aus dem Bundesstaat Arizona. Die amerikanischen Indianer leben heute in Reservaten, die zwei Prozent ihres ursprünglichen Landes ausmachen. 80 Prozent des in den USA gewonnenen Uranerzes werden in diesen Reservaten abgebaut.

Allein die fünf bayerischen Kernkraftwerke brauchen jährlich einen Nachschub von rund 170 Tonnen Uran. Um diese Menge Kernbrennstoff zu gewinnen, müssen 450 000 Tonnen uranhaltiges Gestein abgebaut werden, das dann in gigantischen, strahlenden Abraumhalden liegen bleibt. Insofern ist es nicht von der Hand zu weisen, dass die Folgen des Uranabbaus auch den Freistaat Bayern etwas angehen.

#### **Zu Gast in Schwandorf**

In München konnte die internationale Delegation der Urangeschädigten zwar mit Vertretern der SPD und auch der Grünen sprechen, auch der Schwandorfer Landrat Schuierer empfing die Gäste aus Amerika, Australien und Ozeanien, die CSU aber machte sich rar. Einen ausführlichen Brief, in dem die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ und der BUND um einen Gesprächstermin baten, beantwortete Fraktionsgeschäftsführer Gerald Grieß mit dem Hinweis, für die „angeführten Gesprächsthemen“ gebe es „keine Zuständigkeit der CSU-Fraktion“. Bei einem interfraktionellen Gespräch könne die CSU deshalb nicht vertreten sein. „Wir bitten dafür um Verständnis.“

*Hans Holzhaider*

**GEGEN DIE ZERSTÖRUNG ihrer Heimat durch Uranabbau und Atomversuche protestieren Adele Pratt vom Stamm der Cree (links) und James Garrett, Sprecher der Lakota Sioux. Gemeinsam mit anderen Ureinwohnern aus Nordamerika, Australien und Ozeanien besuchen sie zurzeit die Bundesrepublik. Am Freitag machten sie Station im Münchner Maximilianeum.**



*Photo: AP*

In einem Bericht in der „Mittelbayerischen Zeitung“ vom 15.02.1995 referiert der Verfasser über die Pläne eines Atommülllagers in einer kanadischen Indianerreservation und beleuchtet die Situation deren Bewohner:

## „Atommülllager in Indianerreservat?“

### Kanadas Umweltschützer entsetzt

**Reservat „Flying Dust“. Von dem Slogan „Atomkraft – nein danke“ wollen die Indianerführer im Norden der kanadischen Provinz Saskatchewan nichts wissen. Die Stammeshäuptlinge der Cree und der Dene sind im Gegenteil sehr dafür, daß auf ihrem Reservat ein Endlager für Atommüll errichtet wird. Sie versprechen sich davon wirtschaftliche Vorteile, die sie aus dem Teufelskreis von Arbeitslosigkeit und Armut befreien könnten. Umweltschützer sind entsetzt.**

Der Fall ist nicht neu. Im US-Staat New Mexiko hatte sich unlängst die Stammesführung der Mescalero-Apachen mit einem Konsortium amerikanischer Stromversorgungsunternehmen darauf geeinigt, daß verbrauchte Atombrennstoffe aus dem ganzen Land in ihrem Reservat zwischengelagert werden dürfen. Im Gegenzug sollten die Indianer über 40 Jahre hinweg etwa 250 Millionen Dollar (rund 377 Millionen Mark) erhalten. Doch die Rechnung ging nicht auf. Bei einem Referendum unter den betroffenen Stammesmitgliedern wurde dem Plan zu Beginn dieses Monats eine Absage erteilt.

### Häuptling lockt mit neuen Arbeitsplätzen

Wie die Mehrheit der Cree und der Dene zu der Idee eines sogar auf Dauer konzipierten Atommüll-Lagers auf ihrem Territorium steht, ist vorerst völlig unklar. Richard Fiddler, Häuptling der Waterhen Lake Cree, räumt ein, daß in seiner Volksgruppe noch große Skepsis bezüglich der Sicherheit eines solchen Projekts vorherrsche. Deshalb sei noch viel Aufklärungsarbeit notwendig. Genau das hat sich Oneill Gladua, Vizepräsident des Obersten Stammesrats, zum Ziel gesetzt. Er verweist auf einschlägige Studien in Schweden und Großbritannien über die sachgerechte Endlagerung von Atommüll, die man sich zunutze machen werde, Und er lockt mit dem magischen Wort Arbeitsplatzbeschaffung.

Die kanadische Atomenergiebehörde, die das Projekt zügig vorantreiben möchte, bestätigt Gladues Argumente. Mehr als 15 Jahre andauernde Forschungen hätten ergeben, daß sich der Granituntergrund der nordamerikanischen Seenplatte sehr gut zur sicheren Aufbewahrung von verbrauchten Atombrennstoffen eigne. Sie würden dort in unterirdischen Tunneln eingelagert und mindestens 500 Jahre lang unter Verschluss gehalten. Der Oberste Stammesrat rechnet den Skeptikern unterdessen vor, daß zum Bau eines solchen Endlagers rund 2000 Menschen zehn Jahre lang eine sichere Beschäftigung hätten. Danach biete die Anlage immer noch etwa 600 permanente Arbeitsplätze – ganz abgesehen von den Sekundärbetrieben, die mit Sicherheit entstünden. Die rund 7000 Indianer in dem betroffenen Reservat, die im Winter zu 90 Prozent und im Sommer immer noch zu 40 Prozent arbeitslos seien, könnten sich eine solche Chance einfach nicht entgehen lassen.

### Warnung vor ökologischer Katastrophe

Umweltschützer verweisen indessen auf die Gefahr, daß radioaktiver Abfall in die weitverbreiteten Wasserwege des Seengebiets geraten könnte, was eine ökologische Katastrophe wäre. Und auch die Regierung von Saskatchewan sträubt sich dagegen, daß ihre Provinz zur atomaren Müllhalde werden soll, wie Umweltminister Bernhard Wiens es ausdrückt, „In unserer Region wird kein Atommüll produziert“, sagt er. „Und ich sehe keine Veranlassung, diesen gefährlichen Abfall durch ganz Kanada bis zu uns zu transportieren. Es würde unsere Umwelt unnötigen Risiken aussetzen.“

**Jeffrey Ulbrich, ap**

